

Pulheim, den 19.05.2020

Am 16.4.2020 endete die Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung für den Ultranetabschnitt E zwischen Rommerskirchen und Weißenthurm. Wir konnten mithilfe des von uns gemeinsam mit der Interessengemeinschaft Hürth aufgesetzten „Ultranet Einspruchskonfigurator“ 1.444 qualifizierte Einwendungen mit über 28.000 Seiten generieren. 60 persönliche Stellungnahmen direkt Betroffener brachten wir am letzten Tag der Frist persönlich bei der Bundesnetzagentur vorbei.

Jochen Homann, Präsident der BNetzA, der zufällig Zeuge der Übergabe am Empfang der Behörde wurde, zeigte sich beeindruckt von soviel konstruktivem Engagement der Bürgerinitiativen und beteuerte, dass die kommenden Wochen intensiv genutzt würden, um sämtliche Stellungnahmen auszuwerten und die darin angesprochenen Belange entsprechend im weiteren Verfahren zu berücksichtigen.

Wir begrüßen es, dass Präsident Homann die berechnete Forderung, für Entlastungen zu sorgen, offenbar durchaus ernst nimmt und auch die Möglichkeit von Verschwenkungen unter Mitnahme der Bestandsleitungen für die weiteren Schritte – gerade auch für den Pulheimer Abschnitt – auf der intensiven Prüfagenda hat.

Sowohl der Rhein-Erft-Kreis als auch die Stadt Pulheim hatten sich ebenfalls am Verfahren beteiligt und sich mit ihren Stellungnahmen erfreulicherweise eindeutig auf die Seite der betroffenen Bürger gestellt.

SPD formuliert Kleine Anfrage „Ultranet“ an die Landesregierung NRW

Der Kölner Jochen Ott (MdL) hat Anfang Mai eine Kleine Anfrage an die Landesregierung bzgl. Ultranet gestellt. Konkret bittet der Abgeordnete der SPD Fraktion um folgende Informationen:

1. Wie hat sich die Landesregierung bei der bisherigen Beteiligung zum Abschnitt E eingebracht, bzw. wie gedenkt sie dies noch zu tun?
2. Falls die Landesregierung eine solche Beteiligung nicht anstrebt: Warum nicht?
3. Wie wird die Landesregierung die klar formulierten Wünsche der vielen betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner nach mehr räumlichem Abstand zu den Großmasten würdigen?
4. Wie bewertet die Landesregierung die von der Vorhabenträgerin angestrebte Anhebung der nächtlichen Lärmgrenze für empfindliche Wohnnutzungen auf bis zu 55 dB(A) für die Hybridleitung, einem Wert, der damit höher läge als die nach Nr. 6.1 TA Lärm für Gewerbegebiete zulässigen 50 dB(A)?
5. Welche wissenschaftlichen Anforderungen genügenden, neutralen Studien über die Auswirkungen eines Höchstspannungswechselstromsystems bzw. eines Höchstspannungsgleichstromsystems auf einem Mastgestänge (sog. Hybridleitung) liegen der Landesregierung vor?

Die Pulheimer Bürgerinitiative gegen Ultranet e.V. (PBU) gründete sich im Juli 2018 als Reaktion auf den massiven und rücksichtslosen Ausbau der Stromtrasse zwischen Osterath und Philippsburg im Ortsbereich Pulheim. Die PBU ist Teil des übergeordneten Aktionsbündnisses Ultranet, welches sich im Verbund für die Interessen der Anlieger der geplanten Hybridtrasse stark macht und den länderübergreifenden Protest begleitet und koordiniert.

Wir sind froh, dass diese berechtigten Fragen nun öffentlich, zeitnah und wahrheitsgetreu beantwortet werden müssen. Bereits 2016 hatte Armin Laschet – damals mit der CDU noch in der Oppositionsrolle – den Mitstreitern der Interessengemeinschaft Hürth gegen Hochspannung e.V. seine Unterstützung in Sachen Netzausbau/Ultranet versprochen. In einem persönlich verfassten Schreiben an den Vereinsvorstand vermerkte Laschet seinerzeit handschriftlich: „Wir bleiben an der Sache dran!“

Die Antwort auf die o.g. Kleine Anfrage dürfte nun aufzeigen, in welcher Form er sich als NRW Ministerpräsident an seine einst gegebenen Versprechen zu halten gedenkt.

Keine Reaktion auf Offenen Brief der PBU e.V. an die Landesregierung

Derweil wurde auf den im April während der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung von uns an die Landesregierung NRW adressierten „Offenen Brief“ bisher nicht geantwortet. Zwar wurde der Eingang des Schreibens bestätigt, aber lediglich mitgeteilt, dass der Brief an das „zuständige Landeswirtschaftsministerium“ überstellt wurde. Dies ist insofern nicht nachvollziehbar, als wir bewusst nicht nur Wirtschaftsminister Prof. Pinkwart, sondern auch Ministerpräsident Armin Laschet, Umweltministerin Ursula Heinen-Esser sowie Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann persönlich angesprochen hatten.

Bundesweite Protestaktion gegen Planungssicherstellungsgesetz (PlanSiG) Aushebelung von Beteiligungsrechten im Windschatten von Corona

Am 14. und 15.5.2020 wurde im Windschatten der Corona Pandemie (öffentlich also weitgehend unbeachtet) in Bundestag und Bundesrat das sehr kurzfristig aufgelegte sogenannte „Planungssicherstellungsgesetz“ (PlanSiG) verabschiedet. Es handelt sich dabei um ein Gesetz, das die Öffentlichkeitsbeteiligung bei Infrastrukturmaßnahmen beschneidet bzw. ins rein Digitale verlegt. Das PlanSiG soll Anwendung für alle Verfahren – auch für laufende Netzausbauverfahren – finden, die immerhin schon jetzt durch 22(!) bestehende Gesetze geregelt sind.

Wichtig zu wissen: Betroffen davon sind fast alle zentralen Bereiche des Umweltrechts, beispielsweise das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung, das Bundes-Immissionsschutzgesetz, das Kreislaufwirtschaftsgesetz, das Bundes-Berggesetz und das Atomgesetz. Öffentlichkeit und Umweltverbände werden dabei in ihrer prüfenden Funktion ausgeschaltet.

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier begründet die Einführung des PlanSiG via Twitter am Freitag damit, dass „Corona nicht zu Verzögerungen der Energiewende führen dürfe“.

Energiewende darf jedoch keinesfalls auf den Bau neuer Stromtrassen reduziert werden, sondern bedeutet vielmehr die vollständige und zeitnahe Umstellung auf Erneuerbare Energien auf Basis dezentraler, verbrauchsnahe Strukturen unter Einbeziehung aller Sektoren.



PBU – PULHEIMER BÜRGERINITIATIVE GEGEN ULTRANET E.V.

Sebastian Locker, Arne Westphal, Jürgen Berger
Telefon: 0151-62429106
E-Mail: kontakt@pulheim-gegen-ultranet.de
Twitter: <https://twitter.com/PBUKeinUltranet>

Facebook: www.facebook.com/groups/kein.ultranet.in.pulheim
www.pulheim-gegen-ultranet.de
www.aktionsbuendnis-ultranet.de

Durch die politische Fixierung auf überdimensionierten Netzausbau zeigt sich einmal mehr, dass das zuständige BMWi elementare Grundsätze einer nachhaltigen Energiewende geringschätzt und fatalerweise lediglich im Sinne alter am Markt tätigen Unternehmen und Konzerne handelt. Während Altmaier und Co. für eine nun endlich erfolgte (leider aber auch nur halbherzige) Aufhebung des 52 GW PV-Deckels ganze acht(!) Monate vergeudet, wurde das Planungssicherstellungsgesetz im Eiltempo und an den Medien vorbei durch die Instanzen gejagt.

Die Bürgerinitiativen entlang der Netzausbau-Projekte SuedLink, SuedOstLink, Ostbayernring, Ultranet und Juraleitung protestieren auf das Schärfste gegen die oben genannte neue, lobbygesteuerte Rechtsvorschrift. Willkürliche Festlegungen eines vorläufigen Untersuchungsrahmens zur Trassenführung, möglicher Verzicht auf Erörterungstermine oder umfangreiche Umweltverträglichkeitsprüfungen bis hin zur Abschaffung von Klagemöglichkeiten sind Maßnahmen, die die gesamte Rechtmäßigkeit des PlanSIG infrage stellen dürften.

Die Aktionsbündnisse stehen mit ihrem Protest übrigens nicht alleine da. Der Umweltverband BUND e.V. übt in einer Pressemitteilung deutliche Kritik und auch der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) ruft laut zum Widerstand gegen das Planungssicherstellungsgesetz auf. Der Verein fordert stattdessen, Genehmigungsverfahren, in denen Erörterungstermine stattfinden, bis zum 30.9.2020 generell auszusetzen und dann je nach aktueller Lage über zukünftige Schritte zu entscheiden. Dieser Forderung schließen wir uns an.

Die übereilte Verabschiedung eines dermaßen in Bürgerrechte einschneidenden Gesetzes nehmen wir zusammen mit vielen anderen Bürgerinitiativen indes zum Anlass zu einer bundesweiten Protestaktion entlang der Trassen SuedLink, SuedOstLink, Juraleitung und Ultranet am Sonntag, den 24.5.2020. Ab 16.00 Uhr werden wir parallel zum bundesweiten Protest in Pulheim Geyen an der Trasse öffentlich für Bürgerrechte, demokratische Teilhabe und eine dezentrale Energiewende antreten – selbstredend unter Einhaltung der dem Virus geschuldeten Regeln. Im Gegensatz zu manch einem Übertragungsnetzbetreiber haben wir das „Abstand halten“ nämlich bereits sehr verinnerlicht!

#EnergiewendeGehtDezentral
#FuerMastenfrieWohngebiete

Der Vorstand | PBU e.V.



PBU – PULHEIMER BÜRGERINITIATIVE GEGEN ULTRANET E.V.

Sebastian Locker, Arne Westphal, Jürgen Berger
Telefon: 0151-62429106
E-Mail: kontakt@pulheim-gegen-ultranet.de
Twitter: <https://twitter.com/PBUKeinUltranet>

Facebook: www.facebook.com/groups/kein.ultranet.in.pulheim
www.pulheim-gegen-ultranet.de
www.aktionsbueundnis-ultranet.de